

Aktuelles

Umweltschutz

Hintergrund

Durch die Zunahme der Treibhausgase hat sich das Klima unserer Erde in den vergangenen Jahrzehnten verändert. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts sind die Temperaturen global im Durchschnitt um 0.6 °C gestiegen, in der Schweiz sogar um 1.4 °C. Wissenschaftler gehen bis Ende des 21. Jahrhunderts von einem Temperaturanstieg von bis zu 5.8 °C aus. Der vorliegende Text stellt die beiden Hauptinstrumente der schweizerischen Klimapolitik vor.

CO₂ Gesetz

Das CO₂-Gesetz ist das Kernstück der schweizerischen Klimapolitik. Es ist seit 1. Mai 2000 in Kraft. CO₂ ist ein Treibgas, das wesentlich zur Erwärmung der Atmosphäre beiträgt und vorwiegend beim Verbrennen von Öl, Gas, Benzin etc. entsteht.

Ziel dieses Gesetzes ist es, den CO₂-Ausstoss bis zum Jahr 2010 gesamthaft um 10% unter das Niveau von 1990 zu reduzieren. In Zahlen bedeutet dies folgendes: Die Emissionen im Jahr 1990 betragen ca. 41 Mio. Tonnen CO₂. Bis 2010 wird also eine Reduktion dieser Emissionen auf 37 Mio. Tonnen CO₂ angestrebt. Dieses Globalziel der Reduktion um 10% wird aufgeteilt in eine Reduktion um 15% bei Brennstoffen (bsp. Heizöl) und eine Reduktion um 8% bei Treibstoffen (bsp. Benzin, Diesel).

Der Mechanismus des CO₂-Gesetzes ist zweistufig: Erst wenn die freiwilligen Massnahmen nicht ausreichen, um die Reduktionsziele zu erreichen, wird eine CO₂-Abgabe eingeführt. Trotz bereits realisierten Massnahmen wie die LSVA und Projekte im Rahmen von Energie Schweiz (siehe Kasten rechts) ist leicht aus der untenstehenden Grafik zu entnehmen, dass in den letzten Jahren keine Abnahme des CO₂-Ausstosses stattgefunden hat. Wir befinden uns momentan ungefähr auf dem gleichen Niveau wie 1990. Allein mit den freiwilligen Massnahmen lässt sich also der CO₂-Ausstoss nicht reduzieren. Der Bundesrat sah sich daher gezwungen, eine CO₂-Lenkungsabgabe einzuführen. Diese Steuer soll dazu führen, dass weniger CO₂ ausgestossen wird. Ab dem Jahr 2006 wird damit eine Abgabe auf Brennstoffen von 35 Franken pro Tonne erhoben (dies entspricht ca. 9 Rappen pro Liter Heizöl). Dies betrifft Treibstoffe wie Benzin vorerst nicht. Bei den Treibstoffen erhält die Wirtschaft mit einem freiwilligen Klimarappen die Chance, bis ins Jahr 2007 eine erhebliche Reduktion des CO₂ Ausstosses zu erzielen. Falls mit dieser freiwilligen Massnahme aber bis 2007 keine deutliche Verringerung des CO₂-Ausstosses zu verzeichnen ist, will der Bundesrat auch eine CO₂-Abgabe auf Benzin einführen.

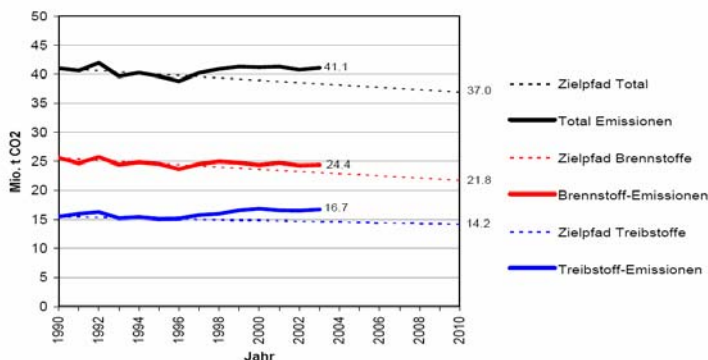


Abbildung 1: Entwicklung CO₂-Emissionen

Begriffe:

Energie Schweiz:

Energie Schweiz ist das Programm des Bundesrates zur Realisierung der Schweizerischen energie- und klimapolitischen Ziele und zur Einleitung einer nachhaltigen Energieverwendung.

Ziele des Programms:

Die Ziele von Energie Schweiz für das neue Jahrzehnt sind vorgegeben durch die Bundesverfassung, das Energie- und das CO₂-Gesetz sowie durch die schweizerischen Verpflichtungen im Rahmen der internationalen Klimakonvention. Sie lauten wie folgt:

- Zwischen 2000 und 2010 sollen der Verbrauch fossiler Energien und der CO₂-Ausstoss um zehn Prozent sinken.
- Der Elektrizitätsverbrauch darf höchstens um fünf Prozent wachsen.
- Die Wasserkrafterzeugung darf nicht sinken.
- Der Anteil der übrigen erneuerbaren Energien soll weiter steigen

Energie Schweiz arbeitet mit privaten Unternehmen zusammen. Es handelt sich dabei vorrangig um Kooperationsvereinbarungen zwischen Energie Schweiz und privaten Unternehmen. Diese Form unterstützt die Eigenverantwortung und die Selbstkontrolle des Unternehmens. Firmen mit hohem CO₂-Ausstoss können vom Bundesrat von der CO₂-Abgabe befreit werden, wenn sie sich freiwillig verpflichten den CO₂-Ausstoss zu senken.

Kyoto-Protokoll

Im Dezember 1997 einigten sich 159 Länder an einer Konferenz in Kyoto auf das nach dem Tagungsort benannte internationale Abkommen. Ziel ist, die Emission von sechs Treibhausgasen um mindestens 5% gegenüber dem Ausstoss von 1990 zu senken. Für jeden Staat wurden eigene Ziele gesetzt. Für die Schweiz (sowie auch für die EU) gilt eine Reduktion um 8%.

Die Länder mit den grössten Emissionen von Treibhausgasen (USA, Australien und China) haben das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet.

Experten gehen davon aus, dass ohne diese Hauptverursacher eine weitere Steigerung des weltweiten CO₂-Ausstosses stattfinden wird. Die unten stehende Grafik zeigt den CO₂-Ausstoss pro Kopf im Jahre 2002 für mehrere Länder. Man geht heute davon aus, dass ein CO₂-Ausstoss von mehr als 2 Tonnen pro Kopf pro Erdbewohner erhebliche Klimaveränderungen nach sich ziehen wird.

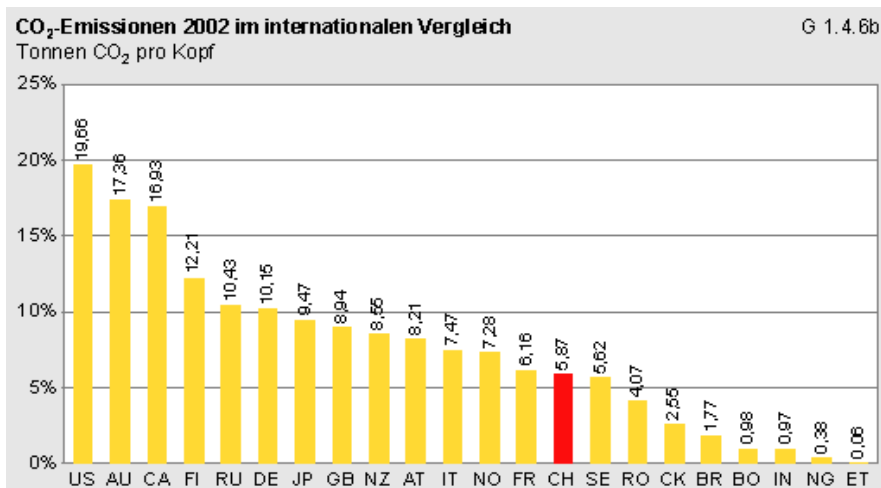


Abbildung 2: Internationaler Vergleich CO₂-Emissionen, Quelle: BFS

Erfüllt ein Staat die die Reduktionsziele der ersten Verpflichtungsperiode (2008 – 2012) nicht, muss er dies in einer zweiten Verpflichtungsperiode nachholen. Zusätzlich muss er zur Strafe die Treibhausgase um einen Drittel mehr reduzieren als vereinbart. Die Vertragspartner haben allerdings keine Mittel ein säumiges Mitglied zu bestrafen oder zu sanktionieren. Hält ein Land sein Ziel nicht ein, hat dies für den Staat keine weiteren Konsequenzen.

Wie hängen Kyoto-Protokoll und CO₂-Gesetz zusammen?

Das CO₂-Gesetz berücksichtigt nur die CO₂-Emissionen der Schweiz. Der CO₂-Ausstoss beträgt allerdings nur 80% aller ausgestossenen Treibhausgase. Die restlichen 20% des Treibhausgasausstosses werden durch Methan (CH₄), Lachgas (N₂O), teilhalogenierte Kohlenwasserstoffe (HFC), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (PFC) sowie Schwefelhexafluorid (SF₆) verursacht. Dies ist in folgender Grafik erkennbar:

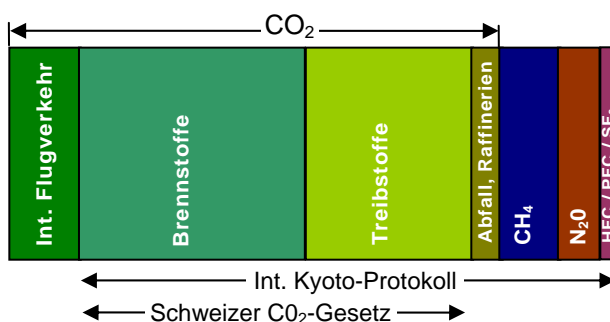


Abbildung 3: CO₂-Gesetz <-> Kyoto-Protokoll

Emissionsreduktionszertifikate

Das Kyoto-Protokoll sieht vor, dass die Vertragsstaaten ihren Reduktionsverpflichtungen hauptsächlich im Inland nachzukommen haben. Ergänzend dazu können sie Klimaschutzprojekte in anderen Ländern mit Emissionsbeschränkungen oder in Entwicklungsländern finanzieren und ihrem CO₂-Reduktions-Konto gutschreiben lassen. Ausser dem können Länder ihnen zugewiesene, aber nicht beanspruchte Emissionsrechte verkaufen.

Ziel des Handels mit Emissionsreduktionszertifikaten ist es, mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen weltweit so viel CO₂ Ausstoss zu vermindern wie möglich. In der Schweiz, wo bereits zahlreiche Projekte zur Verminderung des CO₂ Ausstosses unternommen worden sind, ist es viel schwieriger weiteren CO₂ Ausstoss zu vermeiden als vergleichsweise in einem Entwicklungsstaat, in dem noch fast keine Projekte zur Verminderung des CO₂ Ausstosses getätigt worden sind. So wird mit dem Handel dieser Zertifikate erreicht, dass die finanziellen Mittel so effizient wie möglich eingesetzt werden. Das hilft zuletzt auch dem Klima direkt.

Begriffe:

Klimarappen

Der freiwillige Klimarappen auf Treibstoffe wird von der Wirtschaft auf Treibstoffe (Benzin) ab 2006 erhoben. Nach Schätzungen wird dieser ca. 70 Mio. CHF pro Jahr generieren. Diese werden hauptsächlich für den Kauf von ausländischen Emissionsreduktionszertifikaten verwendet. Der Klimarappen soll also den CO₂-Ausstoss in der Schweiz und im Ausland reduzieren.

Das Kyoto-Protokoll sieht eine Reduktion des Treibhausgas-Ausstosses um 8% vor. Das CO₂-Gesetz strebt allerdings eine Reduktion um 10% an. Hier muss man aber unbedingt berücksichtigen, dass sich diese 10% lediglich auf CO₂ beziehen (und nicht auf die anderen Treibhausgase). Da der CO₂-Ausstoss 80% der gesamten Treibhausgase ausmacht, entspricht eine Reduktion um 10% auf den CO₂-Ausstoss gerade der vom Kyoto-Protokoll angestrebten Reduktion um 8% auf den gesamten Treibhausgas-Ausstoss. CO₂-Gesetz und Kyoto-Protokoll sind also gleichwertig.

Wirtschaftliche Auswirkungen der CO₂-Abgabe

Die CO₂-Abgabe ist eine spezielle Art einer Lenkungssteuer. Das Ziel einer Lenkungssteuer ist es nicht, Geld für den Staat einzunehmen, sondern das Verhalten der Bürger und der Firmen zu verändern. So soll im Fall der CO₂-Abgabe beispielsweise das Heizöl verteuert werden, damit die Wirtschaft dieses effizienter einsetzt und so weniger CO₂ erzeugt. Die CO₂-Abgabe ist nun ein Spezialfall einer Lenkungssteuer, weil der Staat das eingenommene Geld nicht behält, sondern wieder an die jeweiligen Branchen und die Bevölkerung gleichmässig zurückzahlt.

Der Grund dafür ist, dass die CO₂-Abgabe wie jede Steuer grundsätzlich erst einmal negative Auswirkungen auf die Wirtschaft hat. Das heisst, durch die CO₂-Abgabe werden gesamtschweizerisch gesehen Arbeitsplätze gefährdet. Damit dieser Effekt weniger stark ausfällt wurde entschieden, den Steuerertrag wieder an die einzelnen Branchen, welche ihn bezahlt haben, zurück zu zahlen. Damit wird erreicht, dass die reale Steuerlast geringer wird und die wirtschaftlichen Auswirkungen weniger stark ausfallen, aber auch der Ausstoss an CO₂ wird dadurch weniger stark gesenkt.

Bei einer Lenkungssteuer wie der CO₂-Abgabe muss man sich immer bewusst sein, dass man einerseits damit die Umwelt schützt und andererseits der Wirtschaft schadet und damit Arbeitsplätze gefährdet. Es gilt daher da immer einen Mittelweg zu finden. Deshalb gibt es jeweils ein politisches Ringen zwischen Wirtschaft und Umweltschützer wie hoch eine solche Steuer ausfallen soll.

Literaturverzeichnis:

Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft BUWAL . *Klima & CO₂*. Abrufbar unter www.buwal.ch

WWF *factssheets zur Klimapolitik*. Abrufbar unter www.wwf.ch

energieschweiz Abrufbar unter www.energie-schweiz.ch